

Public Eye berichtigt einen Irrtum bezüglich Vitol SA

Zürich / Lausanne, 4. Dezember 2017

Am 10. November publizierte Public Eye eine **Analyse** der Rolle der Schweizer Rohstoff-Firmen in den vom International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) publizierten Paradise Papers. Quintessenz dieses Papiers waren Forderungen nach politischen Massnahmen der Schweiz gegen die missbräuchlichen Geschäftspraktiken in diesem Hochrisikosektor. Die Publikation enthielt aber bedauerlicherweise einen Faktenfehler, den Public Eye **hier** korrigiert.

Am 16. November erhielt Public Eye einen Brief von Vitols Anwälten, die unter Klageandrohung die Korrektur der Analyse „The Paradise Papers, Switzerland and Commodities“ und der dazu gehörigen Medienmitteilung forderten. Im Kontext dieses Papiers bezog Vitol kritisch Stellung in den Medien und drohte insbesondere mit einem Wegzug aus der Schweiz für den Fall, dass die Bundesbehörden den Rohstoffhandel stärker regulieren würden.

Nach Prüfung der Faktenlage ist Public Eye zum Schluss gekommen, dass ein am 8. November in einem Artikel der Tribune de Genève publiziertes Element falsch interpretierte wurde, was zu einem Faktenfehler bezüglich der vermeintlichen Existenz eines Vertrags zwischen Vitol SA und Kola Aluko geführt hat. Gegen Aluko wurde in Genf eine Untersuchung wegen Verdachts auf Korruption, Geldwäscherei und Urkundenfälschung eröffnet. Dieser unfreiwillige Irrtum repräsentiert in keiner Weise die hohen Qualitätsstandards unserer Arbeit und führte zu nicht belegbaren Anschuldigungen bezüglich Vitol SA, wofür wir uns entschuldigen. Unsere Analyse haben wir entsprechend angepasst.

Public Eye wird seine Wachsamkeit verdoppeln und mit gründlichen Recherchen und soliden Analyse weiter zu den notwendigen politischen Debatten beitragen.

Weitere Informationen bei

Oliver Classen, Mediensprecher, 044 277 79 06, oliver.classen@publiceye.ch